

Krise, Widerspruchserfahrungen und Klassenbewusstsein

Empirische Befunde – Analyse – Ausblick*

Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 2007 beschäftigen sich Sozialwissenschaftler in verschiedenen empirischen Studien mit den Auswirkungen der Krise auf Alltagsbewusstsein, Einstellungen und Haltungen von Lohnabhängigen in Deutschland. Sie verbinden dies zum Teil mit dem Anspruch, einen „Neuanlauf einer sozialwissenschaftlichen Debatte um ‚Krisenbewusstsein‘ zu starten“¹.

Insbesondere steht dabei die Frage im Raum, wie es zu erklären ist, dass die Wahrnehmung dieser Krise und die Auseinandersetzung mit ihr in Deutschland so auffallend anders verläuft als in vielen Nachbarländern: „Stell Dir vor, es war Krise und kaum jemand hat es bemerkt.“² Von besonderem Interesse sind dabei zwei Studien, die sich auf betriebliche Verhältnisse beziehen: Die Belegschaftsbefragung einer Forschungsgruppe der Universität Jena zu „Arbeitsbewusstsein in Ost- und Westdeutschland“³, und die Studie einer Forschungsgruppe von ISF und WISSENTtransfer unter Betriebsräten und Vertrauensleuten über „Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen“⁴. Beide Studien erlauben in der Tat „tiefe Einblicke in die Vielschichtigkeit des zeitgenössischen Arbeitsbewusstseins“⁵.

Damit können sie besonders gewerkschaftlich Aktiven helfen, einen illusionslosen Blick auf das Alltagsbewusstsein der Beschäftigten zu gewinnen, Enttäuschungen aufgrund illusionärer Erwartungen zu vermeiden und den gerade in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit notwendigen „langen Atem“ zu behalten. Sie ermöglichen auch, frühere eigene Einschätzungen anhand aktueller empirischer Befunde zu überprüfen.⁶

* Überarbeiteter und um einen Abschnitt über „Mystifikation des Kapitals“ gekürzter Vortrag bei einer Tagung der Marx-Engels-Stiftung „Krise und Widerstand“ am 5. Mai 2012.

1 Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer, *Krise ohne Konflikt?*, Hamburg 2011, S. 9.

2 Klaus Dörre/Anja Hähnel/Hajo Holst/Ingo Matuschek, *Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme*, in: Cornelia Koppetsch (Hrsg.), *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus – Zur Transformation moderner Subjektivität*, Wiesbaden 2011, S. 21-50; hier: S. 21.

3 Ebenda. Zusammenfassung wichtiger Befunde der westdeutschen Befragung: Ingo Matuschek, *Guter Betrieb – schlechte Gesellschaft*, in: *lunapark* 21, Winter 2011/12., S. 23-25.

4 Detje u. a., a. a. O.; Zusammenfassung wichtiger Befunde: Richard Detje u. a., *Ohnmacht und adressatenlosen Wut im Betrieb*, in: *Z 87*, September 2011, S. 46ff.

5 Dörre u. a., a. a. O., S. 28.

6 Vgl. Achim Bigus, *Arbeiterbewusstsein und kommunistische Betriebsarbeit*, in: *Theorie und Praxis (T&P)* Nr. 4, Februar 2006, S. 12-14; ders., *Und sie bewegt sich doch...*, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)* Nr. 329, Dezember 2009, S. 22-25; ders., *Vom Krisen- zum*

Die Forschungsgruppe der Universität Jena („Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft?“) hat eine standardisierte Befragung von 2.074 Arbeitern und Angestellten in Ost- und Westdeutschland durchgeführt, die durch qualitative Untersuchungen ergänzt wurde. „Für die Beschäftigtenperspektive Ost stehen (...) die Belegschaften von fünf Betrieben eines Unternehmens aus der Metall- und Elektroindustrie. Die Beschäftigtenperspektive West repräsentieren Arbeiter und Angestellte eines in Süddeutschland ansässigen Unternehmens, das in der Region über mehrere Betriebe verfügt.“⁷

Bei den in Westdeutschland Befragten handelte es sich um 1.442 Beschäftigte eines Automobilkonzerns (Stammbeschäftigte). Von ihnen waren 80% (zumeist männliche) Facharbeiter. Das Unternehmen ist interner Zulieferer. „Betriebsbedingte Kündigungen konnten lange vermieden werden, nicht zuletzt aufgrund der Flexibilitätsbereitschaft der Belegschaft.“ In der Krise 2008/2009 wurden „konzernweit Befristete und Leiharbeiter auf die Straße gesetzt, (...) immerhin mehr als 10% der Belegschaft“⁸.

Die Befragung ergab eine hohe Verunsicherung und Sorgen der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz. Zugleich zeigte sich eine hohe Identifikation mit dem Konzern, insbesondere mit den regionalen Betriebsteilen: Aus Sicht von 60% der Befragten ist das Unternehmen ein „besonders guter Arbeitgeber“. Als Folge der Krise wurde insbesondere eine Intensivierung der Arbeit erlebt. 64% der Befragten bestätigten die Aussage „Trotz Kurzarbeit leisten wir genauso viel wie vorher“. Betriebsrat und IGM wurden positiv bewertet, ebenso die „Sozialpartnerschaft“. Zugleich ergab die Studie „überaus kritische Perspektiven gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen“. Diese allerdings bleiben resignativ: „Für fast drei Viertel führt Kritik am kapitalistischen System nicht weiter, weil das nun mal die Spielregeln seien“. Diese Haltung geht einher mit einer ausgeprägten Abgrenzung gegenüber den vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten.⁹

Die Forschungsgruppe von ISF und WISSENTtransfer („Krise ohne Konflikt?“) hat nicht komplette Belegschaften befragt, sondern Betriebsräte und Vertrauensleute aus insgesamt 16 verschiedenen Betrieben. Durchgeführt wurden diese Erhebungen an zwei gewerkschaftlichen Bildungsstätten im Frühjahr 2010. Dabei handelte es sich zum einen um Vertrauensleute (und eine Betriebsrätin) aus elf Großbetrieben (2.200 bis 16.000 Beschäftigte) der Metall- und Elektroindustrie, zum anderen um Betriebsräte aus fünf Klein- und Mittelbetrieben (jeweils einige Hundert Beschäftigte) von textilen Automobilzulieferern. Die Befunde werfen „Schlaglichter auf Stimmungen von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern und Interessenvertretern überwiegend im Shop floor“¹⁰.

Klassenbewusstsein?, in: E. Lieberam/J. Miehe (Hg.), *Arbeitende Klasse in Deutschland. Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter*, Bonn 2011, S. 179-198.

⁷ Ebenda, S. 28.

⁸ Ingo Matuschek, a.a.O., S. 23.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Detje u.a., *Krise ohne Konflikt?*, a.a.O., S. 31.

Die Autoren dieser Studie stellen fest, dass es durchaus eine Entwicklung „von der Wirtschafts- zur Legitimationskrise“¹¹ gibt: „Der Wutbürger hat einen Kollegen im Betrieb“ – aber diese (oft über einen längeren Zeitraum gewachsene) „Wut“ im Betrieb ist gepaart mit „Ohnmacht“ und bleibt oft „adressatenlos“¹².

Beide Studien decken sich in vielem mit meinen eigenen betrieblichen Erfahrungen bei dem inzwischen dicht gemachten Automobil-Zulieferer Karmann in Osnabrück. Durch den unterschiedlichen Kreis der Befragten erlauben sie auch einen zumindest annähernden Vergleich zwischen Stimmungen und Haltungen unter Interessenvertretern an der betrieblichen Basis (Detje u.a.) und den von ihnen vertretenen Belegschaftsangehörigen (Dörre u.a.). Unterschiedliche Befunde dürften m. E. vor allem auf diese Verschiedenheit der Befragtenkreise zurückführen sein.

„Exklusive Solidarität“?

Es lohnt sich, den Blick zuerst auf den Themenkomplex zu richten, bei dem die Antworten der in den beiden Studien befragten Gruppierungen am weitesten voneinander abweichen.

Die schlechte Nachricht zuerst: Die Jenaer Studie stellt besonders bei den befragten Stammbeschäftigten in Westdeutschland trotz verbreiteter Kapitalismuskritik und Bindung an die Gewerkschaft IG Metall eine starke Abgrenzung gegenüber den vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten fest: „Mehr als die Hälfte der Befragten (54%) ist der Meinung, auf Arbeitslose solle größerer Druck ausgeübt werden, ein weiteres Drittel stimmt dem immerhin teilweise zu. Eine ähnliche Orientierung scheint auch in der hohen Zustimmung zum Statement ‚Eine Gesellschaft, in der jedermann aufgefangen wird, ist nicht überlebensfähig‘ durch: Fast 50% stimmten dieser Aussage zu, nur eine kleine Minderheit von 15% lehnte sie ab.“¹³ Diese Aussage erfolgt vor dem Hintergrund erheblicher Unsicherheit über die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, angesichts der durchaus wahrgenommenen Perspektive also, möglicherweise bald selbst zu denen zu gehören, auf die dann „größerer Druck ausgeübt“ werden soll: „Dass ihr Arbeitsplatz sicher sei, halten nur 30% für völlig oder eher zutreffend, gut 41% sehen dies teilweise als gegeben an und 29% können einer solchen Aussage eher nicht oder gar nicht zustimmen.“ Allerdings sieht ein großer Teil der Befragten gute Chancen, gegebenenfalls schnell einen neuen Arbeitsplatz zu finden: „Immerhin knapp 48% sehen sich mit ihren Qualifikationen gut gerüstet.“¹⁴

Die Autoren der Studie interpretieren diese Haltung als „exklusive Solidarität“, welche davon ausgeht, „dass in Zukunft nicht jede und jeder ‚mitgenommen‘ werden kann. Die eigenen Chancen auf Beschäftigungssicherheit

¹¹ Ebenda, S. 16.

¹² Der Wutbürger hat einen Kollegen im Betrieb. Gespräch mit Richard Detje, in: junge Welt, 30.4./1.5.2012.

¹³ Dörre u.a., a.a.O., S. 38.

¹⁴ Ebenda, S. 35

steigen, wenn man den Club der Festangestellten einigermaßen exklusiv hält. Und was für das Werk gilt, wird auch auf die Gesellschaft übertragen.¹⁵ Daraus erwachse für die Gewerkschaften die Tendenz einer „Fraktalisierung der Interessenrepräsentation“: „Die Lohnabhängigenorganisationen laufen Gefahr, zu bloßen Vertretungen von Pressuregroups zu degenerieren, die im Bündnis mit Teilen der Wirtschaft und den jeweils favorisierten Fraktionen der politischen Klasse Partialinteressen jener Mitglieder wahrnehmen, die sich in den verbliebenen betrieblichen Hochburgen befinden. Diese Partialinteressen sind jedoch nur schwer mit allgemeinen, gesamtgesellschaftlichen Interessen von Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Einklang zu bringen.“¹⁶

Dieser Befund passt zumindest in der allgemeinen Tendenz zu den Ergebnissen einer repräsentativen Befragung der Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer aus deren Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Aus dieser Untersuchung zitieren die Autoren der Studie „Krise ohne Konflikt“ Statements zu den Ursachen und Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise: „Danach sehen 89,1% die Krisenursachen bei den ‚Bankern und Spekulanten‘, 73,2% im ‚kapitalistischen Wirtschaftssystem‘, 58,8% in ‚unserem Wirtschaftssystem‘, 52,6 bei denjenigen, ‚die den Sozialstaat ausnutzen‘, und schließlich 14,5% bei ‚den Ausländern‘.“¹⁷

Doch nun die gute Nachricht! Die Autoren der Studie „Krise ohne Konflikt“ präsentierten den von ihnen befragten betrieblichen Interessenvertretern als Einstieg in Gruppendiskussionen diese Statements aus der Heitmeyer-Studie. Hinsichtlich der ersten drei Statements ergab sich bei ihnen ein hoher Grad der Übereinstimmung. Ganz anders beim vierten und fünften Statement: „Mit großer Eindeutigkeit wurde betont, was keine Krisenursachen sind: Abzweigung von gesellschaftlichem Reichtum durch sozialstaatlichen Konsum und Ausländer. (...) unter den von uns befragten Vertrauensleuten und Betriebsräten war das kein Thema“. Stattdessen konstatierten die Autoren eine „Wendung, die dem Thema der ‚Ausnutzung des Sozialstaats‘ häufig gegeben wurde“, nämlich eine „180-Grad-Drehung des neoliberalen Diskurses – nicht Hartz-IV-BezieherInnen, sondern ‚Millionäre‘ nutzen den Sozialstaat aus.“¹⁸

Vor dem Hintergrund der Befunde der Jenaer Studie wie auch des von Heitmeyer u.a. festgestellten gesellschaftlichen „Mainstreams“ muss dies auf den ersten Blick überraschen. Hier gibt es einen eklatanten Widerspruch, zumindest eine deutliche Nichtübereinstimmung zwischen den beiden betriebsorientierten Studien. Wie ist dies zu erklären?

Zwei Deutungen bieten sich an. Zum einen handelt es sich bei den durch Detje u.a. Befragten um Teilnehmer an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen in

¹⁵ Ebenda, S.39

¹⁶ Ebenda, S. 40, 42

¹⁷ Detje u.a., a.a.O., S. 39

¹⁸ Ebenda, S. 45, 46

Bildungsstätten der IG Metall, die dort sicherlich auch mit den antirassistischen Inhalten der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Berührung kamen, offensichtlich nicht ohne Folgen. Zum anderen handelt es sich bei ihnen um betriebliche InteressenvertreterInnen und AktivistInnen, für die „die Gewerkschaft“ nicht bloße Repräsentantin/Stellvertreterin ihrer Interessen ist, sondern den Rahmen für ihre *eigenen* Aktivitäten darstellt, in denen sie aus der passiven Zuschauerrolle heraustreten, die in Jahrzehnten gewerkschaftlicher „Stellvertreterpolitik“ so typisch für die Masse der (west-)deutschen Beschäftigten geworden ist.¹⁹

Wenn dies tatsächlich die wesentlichen Unterschiede zwischen den befragten Personengruppen sind, dann bestätigen die Befunde der Jenaer Studie zunächst einmal am Thema „mehr Druck auf Arbeitslose“ für die breite Masse der Beschäftigten das, was bei dem verwandten Thema „Fremdenfeindlichkeit/Rechtspopulismus“ festgestellt wurde: „Bedrohte oder sich bedroht Fühlende suchen Schutz bei kollektiver bzw. stellvertretender Interessenvertretung, wie die Gewerkschaften sie anbieten, zugleich sind sie auch offen für Schutzangebote und -versprechen rechtsextremer Demagogie: Für den Schutzsucher schließt das eine das andere keineswegs aus. Insbesondere kann bei Nichterfüllung des gewerkschaftlichen Schutzversprechens die Wendung nach Rechtsaußen nur ein kleiner Schritt sein.“²⁰

Beide Studien zusammengenommen würden dann aber auch den Zusammenhang von „Stellvertreterpolitik“ und „Rechtspopulismus“ bestätigen, so wie Thomas Lühr ihn sieht. Er warnt davor, „mit welchen Gefahren es verbunden sein kann, wenn man dem subjektiven Bedürfnis nach Schutz der personalen Handlungsfähigkeit nur vermittelt Repräsentation, d.h. ‚Stellvertreterpolitik‘ beizukommen vermag. Solange die Repräsentation funktioniert, scheint alles in Ordnung zu sein. (...) Wenn der Repräsentationsmodus sich aber für die Beschäftigten nicht mehr als funktional erweist, (...) deutet sich an, dass der Modus der Repräsentation an sich keine Garantie für eine progressive Widerspruchsverarbeitung ist: Bedeutungen (hier: Repräsentation meiner Interessen = Sicherung / Erweiterung meiner Handlungsfähigkeit), die nicht zur eigenständigen Anwendung und zur praktischen Durchdringung der Realität genutzt werden können, geben dem Individuum auf Dauer nicht die Möglichkeit, sich als bewusst handelndes, d.h. ‚eingreifendes‘ Subjekt zu erfahren. Damit wird es einfacher – weil nahe liegender –, in Gefahrensituationen auf unzureichende Erklärungsmuster und Verarbeitungsweisen zurückzugreifen, die die Möglichkeit aktiver, gemeinsamer Gegenwehr ausblenden: So sind die fremdenfeindlichen Orientierungen von Lohnabhängigen nichts anderes als ‚der Versuch, Krisen und Mangelsituationen dadurch zu überwinden, dass man bestimmte Gruppen

¹⁹ Zu diesem Problem der „Stellvertreterpolitik“ s. auch: Achim Bigus, Vom Krisen- zum Klassenbewusstsein?, sowie: Thomas Lühr, Wie die Angst überwinden? Prekarisierung und Handlungsfähigkeit, in: E. Lieberam/J. Miehe. (Hg.), Arbeitende Klasse in Deutschland, a.a.O., S. 192-210.

²⁰ Richard Stöss/Michael Fichter/Joachim Kreis/Bodo Zeuner, Projekt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. Abschlussbericht, Berlin 2004, S. 454 u. 456, zitiert nach: Thomas Lühr, a.a.O., S. 207.

von Menschen aus dem Kreis der Empfangsberechtigten ausschließt'²¹ (...). Wer also als Gewerkschaft bei der Vermittlung von Handlungsangeboten lediglich auf Repräsentation, also Stellvertreterpolitik baut, hat schlecht gebaut. (...) Für eine nachhaltige Stärkung demokratischer Potenziale in der Gesellschaft bedarf es jedoch viel mehr einer Selbstaktivierung des Subjekts. (...) Es sind schließlich gerade die Erwartungen, die durch den Repräsentationsmodus geschürt werden, die die Gefahr bergen, solche Ohnmachtsgefühle zu verstärken, die sich durch eventuelle Enttäuschungen (...) in jene ‚Pseudo-Proteste‘ entladen können, die den Aufstieg des sog. ‚neuen Rechtspopulismus‘ auch in anderen europäischen Ländern erst ermöglicht hatte. (...) Die Lösung des Problems des ‚Rechtspopulismus‘ liegt also vielmehr in der Alternative ‚Partizipation‘ als Modus der Interessenvertretung.²² Anders gesagt: nur die Überwindung der „Stellvertreterpolitik“, das Heraustreten aus der Zuschauerrolle und das eigene Handeln der Masse der Beschäftigten, ihre aktive Einbeziehung durch die Interessenvertretungen kann die Erfahrungen solidarischen Handelns vermitteln, die die Abgrenzung der Beschäftigten von den sozial Ausgegrenzten überwindet.

„Intransparenz des Ökonomischen“

Die Autoren der Jenaer Studie sind bei der großen Mehrheit der Befragten auf ein Arbeitsbewusstsein gestoßen, „dessen Essenz sich in der Formel ‚guter Betrieb, schlechte Gesellschaft‘ zusammenfassen lässt.“²³ Trotz von vielen beschriebener negativer Krisenfolgen wie Kurzarbeit, Intensivierung der Arbeit, hohe Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten ist die (traditionelle) Verbundenheit mit der jeweiligen Firma hoch: Drei von vier Befragten identifizieren sich weiterhin „stark“ oder „sehr stark“ mit ihr. Den Autoren der Studie zufolge stellt der Betrieb subjektiv „einen Hort der Stabilität inmitten einer stürmischen See dar, den es – punktuell auch gegen die eigene Unternehmensspitze – zu verteidigen gilt“²⁴. Demgegenüber erscheint „die Krise“ als etwas, was „von aussen“, aus der „Gesellschaft“, über den Betrieb hereingebrochen ist. Zu dieser Haltung passt, dass – bei den ostdeutschen Befragten – „der Betriebsrat als unternehmensinterner Akteur ungleich größere Anerkennung genießt als die Gewerkschaft. (...) Zwar möchten viele Beschäftigte die Gewerkschaft, in diesem Fall die IG Metall, ‚als Gegengewicht zum Unternehmer‘ nicht missen. (...) Doch das ändert nichts daran, dass die IG Metall von vielen Befragten im Grunde als ‚äußerer Akteur‘ betrachtet wird, dessen man sich im Bedarfsfall bedient, zu dem jedoch keine wirkliche innere Bindung besteht.“²⁵

²¹ Ute Osterkamp, Rassismus als Selbstentmündigung, Hamburg 1996, S. 114.

²² Thomas Lühr, a.a.O., S. 207-209; zu diesem Thema ausführlich: Thomas Lühr, Prekarisierung und ‚Rechtspopulismus‘, Köln 2011.

²³ Dörre u.a., a.a.O., S. 22.

²⁴ Dörre u.a., a.a.O., S. 31. Zahlen aus der ostdeutschen Befragung; die Werte im Westen sind ähnlich.

²⁵ Dörre u.a., a.a.O., S. 31/32. Die Gewerkschaftsbindung ist allerdings unter den westdeutschen

In der Befragung der Belegschaftsvertreter („Krise ohne Konflikt?“) kommt eine große Bandbreite von Krisenwahrnehmungen zum Ausdruck. Einerseits wird von Befragten die Krise als „herber Schlag“ auch für die persönliche Sicherheit und Zukunftsplanung erfahren. Auf der anderen Seite wird sie als reine „machtpolitische Inszenierung“ wahrgenommen: „Die haben doch immer eine Krise (...) die wollen immer mehr.“ Die Autoren schlussfolgern: „Was und wann Krise ist, scheint sich der objektivierbaren Beobachtung selbst in einer Branche zu entziehen, die nachweislich einen ökonomischen Absturz erlebt hat. Bloß von ‚der Krise‘ zu reden, heißt demzufolge, an den Erfahrungswelten vieler vorbeizureden. Selbst ein Jahrhundertereignis (...) muss gedeutet werden.“ Dabei ist die Wahrnehmung von „Krise“ nicht nur von den objektiv damit verbundenen materiellen Einschnitten (z.B. durch Kurzarbeit) abhängig, sondern „reflektiert sich (...) nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Erwartungshaltungen“²⁶.

Bei der Suche nach Ursachen und Verursachern der Krise kommt in den Gruppendiskussionen vor allem die „Finanzmarktkrise“ zur Sprache. Diese „Welt der Finanzmärkte erscheint (...) als eine virtuelle Welt, in der ‚fiktives Geld ... hin und her geschossen‘ wird, die weit von jener ‚Wirtschaft‘ entfernt ist, in der man selbst arbeitet und in der reale ‚Werte‘ geschaffen werden. Gleichzeitig nimmt – diesen Deutungen nach – die ‚fiktive‘ Wirtschaft verstärkt Besitz von der realen.“ Den Autoren zufolge kommt hier die „Umkehrung des Verhältnisses von Real- und Geldkapitalakkumulation in einem finanzmarktgesteuerten Kapitalismus“ zum Ausdruck – allerdings „in einer Weise, in der die tatsächlichen ökonomischen Prozesse weitgehend im Dunkeln liegen.“ Zur Erklärung schreiben sie: „Die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise wird in der Welt der Geldkapitalakkumulation noch gesteigert.“²⁷

Im Gegensatz dazu bleibt in den Gruppendiskussionen das Bild der anderen Seite der „Doppelkrise“, nämlich der Krise der Realwirtschaft (z.B. die Überproduktionskrise in der Automobilindustrie) und deren Auswirkungen in den Betrieben, „eher blass“. Die Autoren stellen fest: „So wichtig die konkreten betrieblichen Bedingungen für das Alltagserleben der Beschäftigten sind – hier bilden sich eher Erfahrungen zu den Krisenfolgen als Ansätze zur Deutung der

Befragten deutlich stärker, wobei damit ausgeprägte sozialpartnerschaftliche Illusionen über Lösungen unter kapitalistischen Bedingungen verbunden sind.

²⁶ Detje u.a., a.a.O., S. 35-38

²⁷ Ebenda, S. 135/136. Der Begriff der „Geldkapitalakkumulation“ erscheint mir etwas unglücklich. Akkumulation von Kapital findet immer zunächst in Geldform statt – in dem Moment, in dem sich Mehrwert beim Verkauf von Waren realisiert. Bezeichnend für den gegenwärtigen Kapitalismus ist aber die Tatsache, dass ein immer größerer Teil dieses Mehrwerts nicht in neue Produktionsmittel als nächste Stufenleiter der Akkumulation investiert wird, sondern auf den Finanzmärkten dafür eingesetzt wird, dass sich verschiedene Kapitalisten und Kapitalgruppen gegenseitig ihren in letzter Instanz doch aus der „Realwirtschaft“ stammenden Mehrwert abjagen. Die Erkenntnis der Forschungsgruppe, dass diese immer mehr aufgeblähte Sphäre der kapitalistischen Wirtschaft den Beschäftigten viel undurchschaubarer und „mystischer“ erscheint als die Welt der Produktion, liegt aber auf der Hand.

Bedingungszusammenhänge für die Krise. Krise wird hier durchaus erlebt, aber die Krisenursachen erscheinen weit entfernt.²⁸ Das korrespondiert durchaus mit dem in den Belegschaftsbefragungen festgestellten Bild „guter Betrieb – schlechte Gesellschaft“.

„Adressatenlose Wut“

Beide Studien stellen auch fest: Die Krise trifft „auf den skeptischen Boden langer Erfahrungen einer Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse“.²⁹ In dieser Wahrnehmung von „Krise als permanentem Prozess“ stecken Defensiverfahrungen bis hin zu sozialen und politischen Niederlagen. Als Folge gibt es eine Wahrnehmung zunehmender Ungerechtigkeit und sozialer Spaltung: „Fast drei Viertel“ (der westdeutschen Befragten) „sind der Ansicht, dass der gesellschaftliche Wohlstand besser verteilt werden müsse“, und 72% meinen, dass es in der Gesellschaft nur noch ein Oben und ein Unten gibt.³⁰ Auch andere Studien bestätigen diese Wahrnehmung: Drei Viertel glauben nicht, „dass es in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht zugeht“ – im Osten sind es 83%.³¹

Diese Negativeinschätzungen bestehen trotz des „German miracle“, der weitgehenden Arbeitsplatzsicherung der Stammbeschaften trotz dramatischer Produktionsrückgänge. Positiv an diesem „Jobwunder“ war die „Verhinderung von Massenentlassungen und steigender Arbeitslosigkeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung“, d.h. durch Kurzarbeit und das Herunterfahren von Arbeitszeitkonten oft weit ins Minus.³² Doch: „Der Preis für die weitgehende Beschäftigungssicherung der Stammbeschaften ist hoch“. Detje u.a. zählen auf:

- „Harte Krisenfolgen für prekäre Beschäftigtengruppen...“, besonders im „Arbeitskraftpuffer Leiharbeit...“;
- „Extreme Formen der Arbeitszeitflexibilisierung auf der Basis einer lange eingeübten Unterwerfung privater Lebensbedürfnisse unter betriebliche Anforderungen...“;
- „Wachsender Leistungs- und Zeitdruck im Wechselspiel zwischen Kurzarbeit und schnellerer Auftragsbearbeitung bei genereller Ressourcenkürzung...“ – Krise als „Experimentierfeld für noch weitergehende Intensivierung der Arbeit...“, sowie

²⁸ Ebenda, S. 45.

²⁹ Ebenda, S. 144.

³⁰ Ingo Matuschek; a.a.O., S. 24/25.

³¹ Welt-Online, 18.07.2009.

³² Beim angeblichen „German Jobwunder“ lohnt das genauere Hinschauen auf die Fakten. Tatsächlich gab es Massenentlassungen nicht „nur“ von Leiharbeitern und befristet Beschäftigten, sondern vor allem auch aus Betrieben außerhalb der marktbeherrschenden monopolistischen Konzerne, z.B. bei Zulieferern der Autoindustrie, bis hin zu spektakulären Großinsolvenzen wie der Schlecker-Pleite. Der verengte Blick auf die Stammbeschaften der Großkonzerne führt hier zu einem geschönten Bild der Krisenrealität.

- „Berufliche Unsicherheit und Statusverluste bei flexiblem Personaleinsatz...“
- Ihr Fazit: „...die ‚atmende Fabrik‘ mit kapazitätsorientierten, variablen Arbeitszeiten ist nach krisenbedingter Ultra-Flexibilisierung in ihren Umrissen noch deutlicher geworden.“³³

Vor dem Hintergrund dieser ganzen Entwicklung konstatieren sie „Ohnmacht und ‚adressatenlose Wut“: Es werde „erhebliches, allerdings recht diffuses Protestpotenzial sichtbar.“ Diese Wut sei „schon länger da, auch schon vor der Krise, und sie hat sich aufgestaut. Aber sie hat meist keinen konkreten Adressaten und wenn, dann scheinen die Adressaten meist unreichbar. (...) Vor allem in abhängigen Zulieferbetrieben wird das lokale Management als machtlos erlebt.“³⁴

Dieser Befund „adressatenlose Wut“ deckt sich in hohem Maße mit meinen persönlichen Erfahrungen in den Kämpfen um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei dem Automobilzulieferer Karmann in Osnabrück. Auch in dieser Auseinandersetzung war der Gegner oder Adressat der Belegschaftsforderungen nicht immer klar sichtbar: Während der Kampf um ein möglichst hohes Sozialplan-Niveau sich eindeutig gegen die Karmann-Eigentümer und ihre Geschäftsführung richtete, konnte das von den Aufträgen der Auto-Monopole abhängige Karmann-Kapital die Forderung „Arbeit für Karmann – Die Region muss leben“ offensichtlich nicht erfüllen. In diesem Zusammenhang erschienen die „eigenen“ Karmann-Bosse selbst als „Opfer“ der Konzerne.

Dies erschwerte die „Wahl der Waffen“: Für den Kampf gegen das „eigene“ Kapital um das Sozialplanniveau war Arbeitsniederlegung für die Belegschaft offensichtlich die geeignete Kampfform, doch für die Forderung nach Erhalt des Fahrzeugbaus als Herzstück des „Standorts“ konnte man nicht, so wie 2004 bei Opel in Bochum, den „eigenen“ Vorstand mit Streik unter Druck setzen. Stattdessen richtete „die Region“ im November 2007 in einer Großkundgebung an einem Samstag einen „Appell an die deutsche Autoindustrie“. Viele unmittelbar Betroffene sahen darin eher eine hilflose Geste. Erst der politische „Umweg“, diesen Appell an den Adressaten „niedersächsische Landesregierung als Miteigentümer des Volkswagen-Konzerns“ zu richten und dies mit der Forderung an die Alt-Eigentümer zu verbinden, sich zu einem für VW akzeptablen Preis vom Werk zu trennen, konnte der Auseinandersetzung um den Erhalt der Arbeitsplätze eine Stoßrichtung geben, die letztendlich zu einem relativen Erfolg führte.³⁵

Doch ohne Gegner oder zumindest Adressaten gibt es keinen Kampf, nur Kampffantasien. Detje u.a. stellen mit Blick auf die befragten Vertrauensleute und Betriebsräte fest: „Das Ohnmachtserleben ‚adressatenloser Wut‘ wird

³³ Detje u.a., a.a.O., S. 138-140.

³⁴ Ebenda, S. 140/141.

³⁵ Ausführliche Schilderung der Auseinandersetzung: „Und sie bewegt sich doch...“, in: Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) Nr. 329, Dezember 2009, S. 22-25.

vom Betrieb auf ‚Gesellschaft‘ und auf ‚Staat und Politik‘ verschoben.“ Die Folge: „Diese Wut schafft sich in relativ diffuser Weise Raum und führt zu ausgeprägten Widerstands- und Protestfantasien.“³⁶

Dem entsprechen die Befunde der Jenaer Belegschaftsbefragung von Dörre u.a.: „Ungerechtigkeits- und Missachtungserfahrungen sind bei deutschen Arbeitern und Angestellten reichlich vorhanden. Doch offenkundig fehlt ein mit Handlungsperspektiven verknüpftes intellektuelles Bezugssystem (...), das solche Stimmungen politisch bündeln könnte. Zwischen identitätsstiftendem Betriebs- und kritischem Gesellschaftsbewusstsein besteht subjektiv kein Zusammenhang.“³⁷

Vereinzelt wurden allerdings auch während der Krise Kampferfahrungen gesammelt. „Aus solchen Kämpfen ziehen die Beschäftigten die Erfahrung eigener Handlungsmacht.“³⁸

Gewerkschaften „müssen politischer werden“

Vor dem Hintergrund des bisher Ausgeführten erscheint die Bewertung der Gewerkschaften, der eigenen Organisation, durch die befragten Vertrauensleute und Betriebsräte besonders interessant: „Während der grundsätzliche interessenpolitische Stellenwert der Gewerkschaften unbestritten ist, wird ihre Rolle im Krisengeschehen nicht nur positiv gesehen. Der Gewerkschaft wird zwar ein weitgehend erfolgreiches Krisenmanagement attestiert, aber ihre Aufgabe als deutende Institution hat sie in der aktuellen Krisensituation nicht erfüllt. Sie hat zu wenig über die Krise aufgeklärt (...) Angesichts der Dominanz der medialen Öffentlichkeit im Alltagsbewusstsein fehlt es an einer wahrnehmbaren eigensinnigen Krisendeutung.“³⁹

Als weitere kritische Anforderung wird formuliert: „...die Gewerkschaft muss politischer werden. Auf jeden Fall politischer und radikaler.“ Dabei bleibt bei aller Kritik der Grundtenor solidarisch: „...die Gewerkschaften sind das Einzige, was wir hier eigentlich noch haben. Weil mit was anderem können wir ja hier in unserem Staat gar nicht mehr rechnen.“ Linke Kritik an der Gewerkschaftspolitik, mag sie in manchen Fällen noch so berechtigt sein, muss diese grundsätzliche Haltung in Rechnung stellen und in diesem Rahmen erhoben werden, wenn sie nicht ins Abseits laufen will.

Diese Orientierung auf die Gewerkschaften wird noch deutlicher angesichts des allgemeinen Urteils über Staat und Politik: „Staat und Politik kommen (...) durchgängig sehr schlecht weg. Auf sie verschiebt sich die ‚adressatenlose Wut‘.“ Politik erscheint nicht als möglicher Problemlöser, sondern als Teil des Problems – „das verstärkt beides: Wut und Ohnmacht.“⁴⁰

³⁶ Detje u.a., a.a.O., S. 142.

³⁷ Dörre u.a., a.a.O., S. 22.

³⁸ Detje u.a., a.a.O., S. 142.

³⁹ Ebenda, S. 143.

⁴⁰ Ebenda, S. 144.

Von der Krisenerfahrung zum Klassenbewusstsein?

Der italienische Marxist Antonio Gramsci definierte den von ihm so bezeichneten „Alltagsverstand“ („senso comune“) als „Weltauffassung (...), die mechanisch von der äußeren Umgebung ‚aufgelegt‘ ist, und zwar von einer der vielen gesellschaftlichen Gruppen, in die jeder automatisch von seinem Eintritt in die bewusste Welt an einbezogen ist ...“⁴¹ (...) „Im Übrigen ist ‚Alltagsverstand‘ eine Kollektivbezeichnung wie ‚Religion‘: es gibt nicht einen einzigen Alltagsverstand, denn auch dieser ist ein historisches Produkt und ein geschichtliches Werden.“⁴² Und um „die Philosophie vom Alltagsverstand ‚praktisch‘ zu unterscheiden“, betont Gramsci: „bei der Philosophie sind die Eigenschaften individueller Ausarbeitung des Denkens besonders ausgeprägt, beim Alltagsverstand dagegen die verbreiteten und zusammenhanglosen Eigenschaften einer bestimmten Epoche in einem bestimmten Volksmilieu.“⁴³

Unser Alltagsbewusstsein ist nicht einfach logische Verarbeitung von und Reaktion auf Informationen, Fakten und Erfahrungen, die wir aufnehmen. Vielmehr ist deren Aufnahme, Verarbeitung und die daraus folgende Handlungsorientierung in hohem Maße mitbestimmt von Deutungsmustern, Denkgewohnheiten, Werturteilen, Haltungen und Handlungsweisen, welche wir in „einer bestimmten Epoche in einem bestimmten Volksmilieu“ zunächst unbewusst aufnehmen. Daraus folgt unter anderem: Das Alltagsbewusstsein kann in verschiedenen Teilen der arbeitenden Klasse („Volksmilieus“) sehr unterschiedlich sein, wie wir es bereits in der Frage der „exklusiven Solidarität“ (Abgrenzung zu den Ausgegrenzten) festgestellt haben.

Daraus folgt aber auch: In das Alltagsbewusstsein als „historisches Produkt“ gehen nicht nur die Erfahrungen mit der in einem gegebenen historischen Moment konkret erfahrenen kapitalistischen Produktionsweise (und ihrer Krise) ein, sondern auch ideologische Traditionen oder Überlieferungen über mehrere Generationen. Diese sind national sehr unterschiedlich. Darum können wir uns nicht auf das Alltagsbewusstsein der ArbeiterInnenklasse in „Europa“ oder in „den entwickelten kapitalistischen Ländern“ im Allgemeinen beziehen, sondern müssen uns sehr konkret mit dem in West- und Ost-Deutschland auseinandersetzen, wie es sich in der Geschichte der Klassenauseinandersetzungen in unserem Land entwickelt hat.⁴⁴

Zu diesen „historischen Resultaten“ gehört in (West-)Deutschland eine lange Tradition gewerkschaftlicher „Stellvertreterpolitik“, vor allem in der Austra-

⁴¹ Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 6, Hamburg 1991, S. 1375.

⁴² Ebenda, S. 1377.

⁴³ Ebenda, S. 1381.

⁴⁴ Als Rahmenbedingung für die Herausbildung von Klassenbewusstsein muss man neben den ökonomischen und sozialstrukturellen Voraussetzungen auch „die konkreten Besonderheiten, den konkreten tatsächlichen Verlauf des Geschichtsprozesses, der geschichtlichen Entwicklung, den tatsächlichen Verlauf des Klassenkampfes und seine historischen Resultate nennen.“ Erich Hahn, *Materialistische Dialektik und Klassenbewusstsein*, Berlin (DDR) 1974, S. 56.

gung betrieblicher Konflikte durch die Betriebsräte, und als Folge davon ein Gesellschafts- und Weltverhältnis vieler KollegInnen als „Kunden“ und „Zuschauer“, nicht aber als Akteure in betrieblichen, aber auch in tarif- und sozialpolitischen Konflikten. Hierzu schreibt Harald Werner m. E. sehr zutreffend: „Beschränkt sich das subjektive Handeln schon unter normalen Umständen auf die Verringerung von Risiken oder sogar auf Anpassungsstrategien, verharret die gedankliche Auseinandersetzung auch in der Krise auf einer nur empirischen Anschauung. *Die Tatsachen werden als gegebene und nicht als veränderbare Umstände wahrgenommen* und dieses Sein bestimmt kein kritisches, sondern ein affirmatives Bewusstsein.“⁴⁵

Dieses Thema spielt in beiden Studien keine direkte Rolle. Wie wir gesehen haben, erklären sich aber Unterschiede zwischen der Sicht der Vertretenen (Belegschaftsbefragung) und der Beschäftigtenvertreter (Vertrauensleute und Betriebsräte) auch aus deren unterschiedlichem Verhältnis und Verhalten zu der sie umgebenden Gesellschaft.

Einen solchen Unterschied zwischen der breiten Masse der Beschäftigten, die die Krise und den Niedergang weitgehend passiv erlitten und erduldet haben, und den aktiven Kernen in der Belegschaft (vor allem Vertrauensleute und Betriebsräte), die Verantwortung für die Organisierung von Kämpfen übernahmen und dadurch oft auf Fragen gestoßen wurden, die sie sich in ihrem bisherigen Leben nicht gestellt hatten, war auch bei Karmann in den Auseinandersetzungen bis zur Schließung zu beobachten. Bei einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen konnte man erleben, wie diese Erfahrung der aktiven Beteiligung an Kämpfen ihren Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge ausgeweitet hat. Das galt aber eben *nicht* für die *reine Krisenerfahrung*, für das Erleiden und Erdulden der Krise, *sondern nur* für die *Kampferfahrung gegen die Krise*. Dies verweist auf die Veränderbarkeit des Alltagsbewusstseins durch die Veränderung des eigenen Verhaltens als Teil der Verhältnisse.

Dazu gehört die Erfahrung, dass es möglich ist, *heraus aus der Zuschauerrolle* zu treten, dass also die Art der Austragung von betrieblichen Konflikten und damit die Einübung bestimmter Haltungen in den alltäglichen Konflikten veränderbar sind. So hatte die Belegschaft von Karmann im Verlauf mehrerer Jahre gelernt, die kollektive Wahrnehmung des individuellen Informations- und Beschwerderechts als Waffe zu nutzen. Höhepunkt war eine drei Schichten dauernde „Informationsveranstaltung“ aus Anlass des Konfliktes mit der Unternehmensführung um die Umsetzung des neuen Entgeltrahmens „ERA“. Dies war für die Belegschaft eine wichtige Erfahrung der eigenen Handlungsmächtigkeit und der Solidarität.

Die Erfolge der Unternehmer-Offensiven können auch ihre Kehrseite haben. Früher haben viele Belegschaften auch ohne Entfaltung eigener Kampfkraft an Erfolgen der „stärkeren Bataillone“ der Arbeiterbewegung partizipieren können

⁴⁵ Harald Werner, Die Krise im Alltagsbewusstsein, Z 80, Dezember 2009, S. 58, Hervorhebung A.B..

– eine Art „indirekte Tarifbindung“. Heute, in Zeiten abnehmender Tarifbindung ist das nicht mehr so. Doch das Ende dieser „indirekten Tarifbindung“ kann auch positiv gewendet werden, wenn den Kollegen deutlich gemacht wird: Ihr bekommt nur noch das, was Ihr Euch selber erkämpft. Tatsächlich treten in den letzten Jahren neue Gruppen der ArbeiterInnenklasse in die (aktive) ArbeiterInnenbewegung ein, als Gegentendenz gegen die seit Jahren feststellbare Abnahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrades. Prominente Beispiele dafür waren in den letzten Jahren die Tarifikämpfe der Erzieherinnen in den Kitas und der Beschäftigten in der Gebäudereinigung. Aber auch im Bereich der IG Metall sind immer wieder Neugründungen von Betriebsräten und betriebliche Kämpfe um Tarifbindung zu verzeichnen.

Spaltungen überwinden ist dort möglich, wo es gelingt, „starke“ Teile der lohnabhängigen Klasse – die Stammbeschäftigten – solidarisch mit Schwächeren und Prekären zu mobilisieren, und zwar aus ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus und nicht aus einer Mitleidshaltung. Ein Ansatzpunkt dazu ist die breite Ablehnung des Niedriglohnsektors, auch wegen der Befürchtung einer Lohndumpingkonkurrenz. Die Kampagne der IG Metall zur Leiharbeit „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ trifft hier einen richtigen Punkt, wie die Erfahrungen der Tarifrunden in der Stahl- sowie in der Metall- und Elektroindustrie mit der breiten Verankerung dieser Forderung auch bei den Stammbeschäftigten gezeigt haben.

Im Widerspruch dazu steht allerdings die grundsätzliche Akzeptanz des „Arbeitsplatzpuffers Leiharbeit“ durch die Stammbeschäftigten. Auch in der IGM-Lösung „faire Leiharbeit“ spiegelt sich diese grundsätzliche Akzeptanz der Leiharbeit.

„*Ökonomische Alphabetisierung*“ – die Befunde beider Studien machen diese Notwendigkeit deutlich. Insbesondere die Studie von Detje u.a. widerspiegelt hier auch Erwartungen der Aktiven an der gewerkschaftlichen Basis. Hier liegt eine wichtige Aufgabe gerade auch für marxistische Kräfte und ihre Medien. Deren Erfüllung erfordert solidarische Mitarbeit in der Einheitsgewerkschaft bei selbstbewusstem Einbringen der eigenen Erkenntnisse.

Neben der „*ökonomischen Alphabetisierung*“ besteht eine weitere Notwendigkeit darin, wieder „*Politik machen*“ zu lernen – nämlich nicht nur ein Kreuzchen bei den Wahlen zu machen (oder auch nicht...), sondern eigenständige Politik im Interesse der Arbeitenden zu betreiben, also auch zwischen den Wahlen Druck der Arbeitenden auf Politik und Staat aufzubauen. Wie die Vertrauensleute- und Betriebsrätebefragung zeigt, ist dies durchaus ein verbreiteter Wille unter gewerkschaftlich Aktiven.

Aus einer Reihe von Gründen reichen Betriebs- und Tarifpolitik nicht (mehr) aus, um die Interessen der Beschäftigten effektiv zur Geltung zu bringen. Bernd Rixinger, heute einer der beiden Vorsitzenden der Linkspartei, schrieb dazu 2009 noch als Stuttgarter ver.di-Funktionär: „In der Aufschwungphase der 60er und 70er Jahre konzentrierten sich die deutschen Gewerkschaften auf die Tarifpolitik. Für die Betriebspolitik waren weitgehend die Betriebsräte zuständig und als politischer Arm des DGB agierte die SPD in den Parlamenten. (...) In den

letzten 25 Jahren (...) erwies sich diese ‚Arbeitsteilung‘ als hinderlich und ist mit dafür verantwortlich, dass die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt wurden, aus der sie sich bis heute nur zeitweise befreien konnten. Die Gewerkschaften kommen in Krisenzeiten doppelt unter Druck, einerseits durch die Betriebsräte, (...) die bei wirtschaftlicher Bedrohung oder Erpressung durch das Management schnell zu Konzessionspolitik bereit sind. (...) Andererseits führt die Deregulierungs- und Umverteilungspolitik dazu, dass die tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten eingeengt werden.“⁴⁶

Riexinger leitet daraus die Notwendigkeit ab, dass die Gewerkschaften sich ein „politisches Mandat“ erkämpfen und als Mittel zur Einflussnahme auf die Gesetzgebung den „politischen Streik etappenweise vorbereiten“⁴⁷, also das in dieser Frage in Deutschland bestehende Tabu überwinden. Er macht auch konkrete Vorschläge für Zwischenschritte in diese Richtung, z.B. gemeinsames Agieren mehrerer Einzelgewerkschaften in Tarifrunden und „Aktionen in der Arbeitszeit“ zu politischen Themen unter Bezug auf das Demonstrationsrecht.

Eine Klammer zur Bündelung dieser vier Punkte, aber auch zur Bündelung verschiedener Teile der Klasse und ihrer Interessen könnte – wie in den achtziger Jahren – die Wiederaufnahme der *Forderung nach Arbeitszeitverkürzung* sein, als eine *strategische* Forderung gegen Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und Spaltung. Sicher vermittelt sich diese Forderung heute nicht von selbst – das tat sie allerdings in den siebziger und achtziger Jahren auch nicht. Und sicher ist es Tatsache, dass sie heute in den Betrieben nicht sehr populär ist. Zu diskutieren wäre aber die Frage, ob und wie Zugänge zu dieser Forderung entwickelt werden können – so z.B. über den Zusammenhang sinkender Reallöhne und Lohnquoten mit dem „Überangebot“ an Arbeitskraft als ein Aspekt „ökonomischer Alphabetisierung“, über den Zusammenhang von Prekarisierung und Arbeitslosigkeit, über die wachsende Arbeitsintensivierung und psychische Belastungen am Arbeitsplatz, über die besonderen Interessen von Frauen, Jugendlichen usw.⁴⁸

⁴⁶ B. Riexinger, Krisenproteste: „Für eine gewerkschaftliche Neuorientierung“, isw-Report Nr. 78, September 2009, S. 26.

⁴⁷ Ebenda, S. 27.

⁴⁸ Eine Fülle an Material zu dieser Frage findet sich z.B. in: Marxistische Blätter, Nr. 2-12.